

DIE LINKE. Ratsfraktion Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg

An

10 Büro OB

Geschäftsstelle

Gravelottestr. 28
47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92
Telefax 02 03 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de
Stadtsparkasse Duisburg
Konto-Nr. 200 020 055
BLZ 350 500 00

Duisburg, den 11.11.14

Antrag an den Rat am 24.11.14

Bezüge in kommunalen Unternehmen

Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Einer maßvollen Vergütung von Vorständen, Geschäftsführern und vergleichbaren Leitungspositionen sollte daher auch Rechnung getragen werden.

Der Rat möge beschließen:

1. In der Jahresübersicht der Gesamtvergütungen (Aufsichtsrat und Ausschüsse) wird zukünftig der Gesamtvergütung der Geschäftsführungen/Vorstände transparenter dargestellt. Aufgenommen werden Bonizahlungen sowie die Erhöhungen der Vergütungen im Vergleich zum Vorjahr.
2. Die Verwaltung legt ein Vergütungskonzept vor, dass unter Berücksichtigung der jeweiligen Voraussetzungen und Verantwortungen einer Geschäftsführung/eines Vorstandes der jeweiligen Gesellschaften eine Summe von 300.000 Euro p.a. in Gestalt des steuerpflichtigen Einkommens unter Einbeziehung geldwerter Leistungen, leistungsabhängiger und versorgungsbezogener Komponenten nicht übersteigt.
3. Bei den zukünftigen Vertragsgestaltungen wird lediglich eine jährliche Steigerung in Höhe des Inflationsausgleichs vereinbart.

Begründung:

Kommunale Unternehmen und Einrichtungen müssen sich durch Gemeinwohlorientierung auszeichnen. Übermäßige Vergütungen für die Leitungsebene verbieten sich vor diesem Hintergrund.

Eine Vergütung oberhalb des dargestellten Rahmens wird darüber hinaus auch dem Anspruch nach Leistungsgesichtspunkten nicht gerecht.

Im Hinblick auf die Verantwortung etwa eines Oberbürgermeisters, einer Ministerpräsidentin oder der Bundeskanzlerin, erscheint die Festlegung der genannten Obergrenze angemessen und wirtschaftlich geboten. Die Festlegung gilt insoweit auch für Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Stadt Duisburg beteiligt ist.

Gez. Martina Ammann-Hilberath